

WAHLPRÜFSTEINE DES ADFC KOMMUNALWAHL 2025

KOMMUNALWAHL AM 14.09.2025

Auch zu dieser Kommunalwahl hat der ADFC den Parteien und Bewerbern einige Fragen gestellt, um Euch eine Entscheidungshilfe darzulegen.

HIER UNSER FAZIT:

Wir haben uns diesmal auf wenige Fragen konzentriert, die wir als dringend empfinden. Damit berücksichtigen wir, dass es viele andere Probleme in Stadt und Welt gibt.

Für uns bedeutet Freiheit auch Sicherheit, Bewegungsfreiheit und Verantwortung für alle Menschen.

Damit meinen wir alle diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - ein anderes Verkehrsmittel als das Auto wählen wollen oder müssen. Deswegen fragen wir diesmal gezielt auch nach „Fußgängerfragen“ und lassen den öffentlichen Personenverkehr nicht aus.

UNSERE FRAGEN AN DIE PARTEIEN

DIESE FRAGEN GINGEN AN DIE PARTEIEN:

Das Thema Mobilität ist nicht neu und hochumstritten.

Unsere Erwartung war deshalb, dass sich alle Parteien Gedanken gemacht haben und Lösungen anbieten.

Unsere Fragen betreffen:

1. Verkehrswege zu Schulen, Hochschulen und Sportstätten
2. Gleichberechtigtes Parken in Wohngebieten ohne (Vor)Gärten - für Fahrräder
3. Sanierte und freie Gehwege
4. Zuverlässige Instandhaltung der Wege

1. VERKEHRSWEGE ZU SCHULEN, HOCHSCHULEN, SPORTSTÄTTEN

Eine große Nutzergruppe des Verkehrsraumes stellen Schüler und Studenten dar. Diese wieder dazu zu bewegen, selbständig und sicher ihre Geh- und Fahrt-Ziele zu erreichen zu Fuß, mit Fahrrad und/oder ÖPNV entspricht auch dem Klimaschutz und reduziert zusätzlich die immer stärker auftretenden Verkehrsprobleme u.a. durch Elterntaxis.

Wie wollen Sie hier gegensteuern, Finanzmittel in welcher Höhe wollen Sie hierfür einsetzen?

2. RADABSTELLANLAGEN IN WOHNVIERTELN

In gewachsenen Wohnvierteln sind auf den Grundstücken oft KFZ-Parkplätze nicht vorhanden und können auch nicht nachgerüstet werden. Deswegen achten Politik und Anwohner sehr darauf, dass Abstellmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge im öffentlichen Raum geschaffen werden oder erhalten bleiben. Das gilt für das Abstellen von Fahrrädern gleichermaßen, für die oft keine sicheren Abstellmöglichkeiten in gewachsenen Vierteln bestehen.

Wie denken Sie das Problem gleichberechtigt für Fahrräder zu lösen?

UNSERE FRAGEN AN DIE PARTEIEN

DIESE FRAGEN GINGEN AN DIE PARTEIEN:

3. EBENE UND FREIE WEGE

In unserer älter werdenden Gesellschaft, die sich zudem zunehmend individualisiert, wohnen immer mehr ältere Menschen verteilt in der Stadt, ohne familiäre Unterstützung im täglichen Leben. Viele dieser Menschen sind seh- und/oder gehbehindert und auf Gehhilfen wie Rollatoren oder selbstfahrende Rollstühle oder Behindertenfahrzeuge angewiesen. Viele Gehwege sind in sehr schlechten Zuständen – buckelig, löchrig, mit höhenversetzten Platten – und an vielen Kreuzungen oder Querungen befinden sich (noch) keine Nullabsenkungen. Für diese Menschen sind Wege, die man jung und gesund gut beschreiten kann, entweder eine Tortur oder ganz unmöglich zu nutzen. Hinzu kommt, dass unerlaubt aufsattelndes Parken von KFZ oder sogar LKW die Gehwege beschädigt und derart verengt, dass diese gebrechlichen Menschen - aber auch Eltern mit Kinderwagen – auf die Fahrbahnen wechseln müssen, um diese Fahrzeuge zu umgehen.

Wie wollen Sie erreichen, dass die Wege – wo nötig – nachhaltig saniert werden und verhindern, dass diese weiterhin durch unerlaubt abgestellte Fahrzeuge beschädigt und verengt werden? Ausgenommen von dieser Frage sind alle Bereiche, in denen die Statik nachgewiesen und das aufsattelnde Parken durch die Verwaltung angeordnet / erlaubt wurde.

4. BAUEN UND INSTAND HALTEN

Viele (Rad-)Wege werden mit Fremdmitteln (von Bund, Land, sonstige Sondermittel) gebaut oder zumindest stark gefördert – das unterstützen wir gerne: Nur, wer A sagt, darf B nicht vergessen und hier hapert es scheinbar in Solingen. So wurde vor über 20 Jahren die Korkenziehertrasse geplant und vor 20 Jahren als Leuchtturmprojekt gebaut, aber seitdem bleibt die Trasse, trotz enorm gestiegener Verkehrszahlen unverändert z.B. in der Breite, obwohl hier Nachbesserungen u.E. möglich wären. Aktuell sind zwei ehemalige – für den Eisenbahnverkehr ausgelegte – Brücken derart marode, dass diese bereits für den KFZ-Verkehr der Servicefahrzeuge der TBS gesperrt werden mussten und in naher Zukunft komplett ausfallen können.

Wie wollen Sie die Instandhaltung unserer Verkehrswege organisieren und dauerhaft finanzieren, damit solche Probleme nicht auftreten?

ZUSAMMENGEFASSTE AUSSAGEN

AUF EINER SEITE VERDICHTE AUSSAGEN ALLER ANTWORTEN:

Sichere und barrierefreie Gehwege für alle Generationen: FDP, Grüne und BfS setzen bei Gehwegen auf smarte und systematische Schadenserfassung. Die FDP und die BfS möchten nach Dringlichkeit sanieren, beispielsweise wichtige Wege zu Ärzten od.ä zuerst. Die Grünen möchten alle Schäden zeitnah beheben. Die BfS will Gehwege im Einklang mit den Straßen sanieren. Die BfS betont, dass einzelne Verkehrsteilnehmer weder bevorzugt noch benachteiligt werden sollen. Um die Gehwege freizuhalten, soll aus Sicht von FDP, Grünen und BfS mehr kontrolliert werden. Die SPD möchte Barrieren abbauen und betont Inklusion als das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe. Die CDU betont, dass alle Schäden nicht kurzfristig zu beheben seien. Sie will nach Dringlichkeit sanieren und sieht keine grundsätzliche Priorität gegen Gehwegparken vorzugehen.

Schulwege und ÖPNV: FDP will mehr Schulbusse, Lücken im Radwegenetz schließen, Radabstellanlagen an allen Schulen und einen Expressbus Mitte - Hbf für Studierende. SPD will den Busverkehr stärken und attraktiver machen und Umstiege erleichtern. Grüne betonen die Sicherheit mit der Vision Zero. Sie setzen auf Tempo 30 an wichtigen Schulwegen, bessere Sichtbeziehungen, Querungs- und Kreuzungsausbau. Den Bus- und Bahnverkehr will die CDU ausbauen und

die umliegenden Hochschulen anbinden. Der Schwerlastverkehr soll intelligenter gelenkt werden. Die CDU plant Schulstraßen und eine stärkere Beteiligung der Eltern. Die BfS strebt eine bessere Bus-Taktungen, sichere Querungen und gut ausgebaute Fuß- und Radwege an.

Parken im Wohngebiet: Fahrradparkplätze schlagen FDP und SPD – vor allem an zentralen Orten – vor, wobei die FDP zurückhaltend ist, wenn dafür PKW-Stellplätze wegfallen. Die Grünen gehen da weiter und wollen wohnortnahe, überdachte Abstellmöglichkeiten sowie Mobilstationen in jedem Quartier schaffen. Zudem sollen Autos künftig stärker in Quartiersgaragen gebündelt werden. Die BfS fordert konsequente Gleichbehandlung von Auto und Rad, also immer Angebote für beide. Die CDU betont dagegen vor allem die Entlastung beim PKW-Parken.

Finanzen und Organisation: Die FDP setzt auf Einsparungen, mehr Gewerbesteuern und Förderprogramme. Die Grünen wollen die Verwaltung effizienter organisieren und den Haushalt durch eine faire Nutzerfinanzierung stärken. Die BfS fordert ein festes Instandhaltungsbudget, betont Vorsorge statt teurer Notreparaturen. Die CDU will projektbezogen investieren.

GEANTWORTET / NICHT GEANTWORTET

HABEN FOLGENDE PARTEIEN:

GEANTWORTET HABEN, IN REIHENFOLGE DES POSTEINGANGS:

FDP (zuerst)
SPD
Grüne
CDU
BfS

NICHT GEANTWORTET HABEN:

Linke
ABI
Die Partei
SG zukunft

UNSERE KURZE ZUSAMMENFASSUNG

DER EINZELNEN PARTEIEN AUF DEN FOLGENDEN SEITEN
IN DER REIHENFOLGE DES POSTEINGANGS BEI UNS:

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

UNSERE ZUSAMMENFASSUNG DER AUSSAGEN:

Die FDP möchte Schulwege verbessern mit mehr Schulbussen und Fahrradparkanlagen an allen Schulen. Sie möchte Lückenschlüsse im Fahrradnetz auf Schulwegen. Abseits der Schulen erwähnt sie nur Umsteigepunkte (Bahnhöfe, Bushaltestellen) und belebte Orte.

Auf die Nöte von Alltagsradlern und des Parkens in Nähe der eigenen Wohnung geht die FDP nicht ein. Parkplätze für Fahrräder möchte die FDP an belebten Orten einrichten, scheut das aber, wenn PKW-Parkplätze wegfallen könnten.

Sie möchte für Fußgänger zuerst den Weg zu Ärzten, für die Nahversorgung und zu öffentlichen Einrichtungen instandsetzen.

Um die Instandhaltung insgesamt zu verbessern, hat die FDP umfassende Vorstellungen.

Die FDP strebt ein (digitales) Kataster über den Zustand der Gehwege an. Sie möchte moderne elektronische Systeme einsetzen, um den Zustand der Straßen schneller und effektiver festzuhalten, bei weniger Personalaufwand.

Sie möchte finanziell von Beginn an einrechnen, was für die Instandhaltung ausgegeben werden muss. Sie nennt das Finanzierungsrahmen für den gesamten Lebenszyklus.

Wir freuen uns, dass die FDP insgesamt die Sicherheit in den Vordergrund stellt. Sie wäre sogar bereit, Falschparker dafür stärker zu kontrollieren. Sie möchte bei Sanierungen zwar Stellplätze schaffen, aber nicht auf Kosten der Gehwegfreiheit.

Die Antworten der FDP kamen uns plausibel und machbar vor, auch wenn wir uns manchmal mehr erhofft hätten. Sie hat sich einige Gedanken über die Finanzierung gemacht.

FDP

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI

DEUTSCHLANDS UNSERE ZUSAMMENF. DER AUSSAGEN:

Die SPD setzt bei der Mobilität vor allem auf eine Modernisierung und den Ausbau des Busverkehrs. Sie möchte an wenigen Punkten im Stadtgebiet das Umsteigen vom Fahrrad auf Bus und Bahn erleichtern und die Fahrradmitnahme verbessern. Die Sicherheit möchte sie punktuell verbessern. Sie erwähnt das Fahrradleasing. Sie hofft insgesamt auf Vorbildwirkung der Stadtverwaltung.

Die SPD erwähnt das Recht auf Inklusion, betont beim Busverkehr die Barrierefreiheit und möchte es allen Menschen ermöglichen, gleichberechtigt am Stadtleben teilzunehmen. Trotzdem erwähnt die SPD Fußgänger nur am Rande, das Fahrrad ist für sie kein Verkehrsmittel, sondern Freizeitbeschäftigung.

Offenbar ist die Partei zufrieden mit der Gesamtsituation.

Die Antworten der SPD gingen fast alle an unseren Fragen vorbei. Über die Finanzierung schweigt sie sich aus. Wir waren sehr enttäuscht, dass die SPD drei der vier Fragen nicht beantwortet.

SPD

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

UNSERE ZUSAMMENFASSUNG DER AUSSAGEN:

Die Grünen stellen die Sicherheit mehrfach in den Vordergrund. Sie streben nach „kindersicheren“ Wegen und hat die „Vision Zero“. Sie möchten also Null Verkehrstote erreichen und nennt als Vorbild Helsinki.

Die Grünen wollen Schulwege vor allem sicherer gestalten. Straßen und Kreuzungen sollen schützend, selbsterklärend und barrierefrei gebaut sein. Sie nennen das Ziel 20 Ausbauten Jahr. Sie halten Tempo 30 an vielen Orten für sinnvoll.

Die Grünen wollen die Finanzmittel für den Fuß- und Radverkehr verdoppeln. Sie beschreiben konkrete Vorstellungen für eine bessere Anbindung aller nahen Hochschulorte mit Bus oder Bahn.

Das Fahrradparken in der Nähe der eigenen Wohnung möchten die Grünen mit sicheren, öffentlichen Abstellanlagen oder im Quartiersparken ermöglichen. Sie wollen in allen Stadtteilen Mobilstationen zum Umsteigen und zur Ausleihe einrichten. Sie wollen ein Leihsystem für Fahrräder aufbauen.

Den Parkraum möchten die Grünen organisieren und bedarfsgerecht zuordnen. Der Parkraum soll durch die Nutzer mitfinanziert werden.

Die Grünen sind bereit, Falschparker stärker zu kontrollieren, setzen den Fokus auf Sicherheit.

Die Grünen möchten moderne elektronische Systeme einsetzen, um den Zustand der Straßen und Wege schnell und kostengünstig festzuhalten. Schäden wollen sie zeitnah beheben und weiterhin Gehwege im vorhandenen Sanierungsprogramm mitsanieren. Durch bessere Organisation des Schwerverkehres sollen Schäden vermieden werden. Sie setzen Erhalt vor Neubau.

Die Grünen möchten aus Erfahrungen von anderen Kommunen lernen. Die Verwaltung wollen sie besser organisieren und aufstocken, um konkrete Umsetzungen zu beschleunigen.

Die Grünen gehen auf alle unsere Fragen ein. Sie legen ihren Schwerpunkt auf Sicherheit und Organisation. Die Antworten sind umfangreich, wir hätten uns daher eine Priorisierung gewünscht. Die Antworten sind plausibel und oft sogar fachlich belegt. Die Grünen beschreiben einige Ansätze zur Finanzierung.

GRÜNE

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

UNSERE ZUSAMMENF. DER AUSSAGEN:

Zur Sicherheit auf den Schulwegen möchte die CDU mehr Schulstraßen einrichten. Sie verweisen die Verantwortung auf die Elternschaft und Schulleitungen. Weitere konkrete Lösungsvorschläge werden nicht genannt.

Die CDU beschreibt, dass unsere Gehwege sicher genug sind für alle. Der Fahrradverkehr und das Fahrradparken kommt in den Antworten fast nicht vor.

Wir zweifeln wir an der Aufrichtigkeit: Die CDU wünscht häufiger eine bauliche Trennung für die Verkehrsteilnehmer, um die Sicherheit zu erhöhen. In der Öffentlichkeit lehnt sie solche Lösungen bisher aber ab, weil das Stellplätze kosten würde.

Die CDU nennt keine konkreten Vorstellungen für eine bessere Instandhaltung der Wege, auch nicht der Straßen.

Die Antworten der CDU betonen stets den Vorrang des PKW. Sie antwortet mehrfach mit Floskeln. Teilweise sind die Antworten objektiv unrealistisch oder bekanntermaßen nicht auf Solingen übertragbar. Die CDU schweigt sich über die Finanzierung aus, auch zu ihren eigenen Vorstellungen.

CDU

BÜRGERGEMEINSCHAFT FÜR SOLINGEN E.V.

UNSERE ZUSAMMENFASSUNG DER AUSSAGEN:

Die BfS beschreibt verschiedene kleine Maßnahmen zur Sicherheit auf Schulwegen, darunter einen Ausbau des Busangebots. Wir freuen uns, dass die BfS insgesamt die Gerechtigkeit unter Verkehrsteilnehmenden in den Vordergrund stellt. Die BfS ist bereit, Falschparker stärker zu kontrollieren.

Die BfS geht auf Fahrradparken in gewachsenen Wohngebieten ein und möchte das gleichberechtigt neben dem üblichen PKW-Parken ermöglichen.

Die BfS ist unzufrieden über den Zustand der Gehwege und möchte das systematisch erfassen und verbessern. Sie beschreibt intakte Gehwege als Beitrag zur Lebensqualität und Barrierefreiheit, insbesondere für die steigende Anzahl älterer Menschen.

Die BfS möchte ein verlässliches Budget für die Instandhaltung im Haushalt verankern. Die Instandhaltung und Erneuerung möchte sie systematisch und langfristig planen und das regelmäßig überprüfen. Um die Kosten zu decken, möchte sie Fördermittel stärker für Bau und Sanierung einwerben.

Die BfS geht auf alle unsere Fragen ein. Die Antworten kamen uns plausibel und machbar vor, wenn auch manchmal unkonkret. Die BfS legt einen Fokus auf Gleichberechtigung der Verkehrsmittel.

BFS